

70 Vertreterinnen und Vertreter von Kreissenorenräten und des Landesessenorenrats haben am 19. April 2016 die

Ruiter Erklärung I - 2016

Ressortübergreifende Demografie-Strategie des Landes und Demografie-Beauftragter gefordert

verabschiedet:

Auf Bundesebene gibt es seit 2012 eine Demografie-Strategie. Der LSR fordert, dass sich die neue Landesregierung von Baden-Württemberg konsequent des demografischen Wandels annimmt, ein ressortübergreifendes Strategiekonzept auf den Weg bringt sowie eine/n Demografie-Beauftragte/n beruft.

Gesellschaftspolitische Zielvorstellung im Hinblick auf den demografischen Wandel muss sein, Menschen so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben zu Hause bzw. in alternativen Wohnformen zu ermöglichen – auch wenn die Menschen schon beeinträchtigt sind. Es ist notwendig, über diese Zielvorstellung und über die sich daraus ergebenden Konsequenzen einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen.

Deshalb ist es in erster Linie Aufgabe der Landesregierung von Baden-Württemberg, für förderliche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Insbesondere die Kommunen sind aufgefordert, sich dem demografischen Wandel zu stellen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Dies geht von der Verkehrsplanung, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, über Wohn- und Gebäudeoptimierung, Bewegungsangebote und über Hilfen, die zu organisieren sind, damit Bürgerinnen und Bürger das tägliche Leben praktisch meistern können. Das medizinisch-pflegerische Angebot vor Ort gehört genauso dazu wie die Sicherung des Einkaufs des täglichen Bedarfs und der Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen. Ehrenamtliche Strukturen sind dafür unerlässlich. Das Positive ist, es gibt ein großes Potenzial an ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger, das sogar weiter ausgebaut und gefördert werden kann.

Die Berufung eines/einer Demografie-Beauftragten durch die Landesregierung könnte der Entwicklung Schubkraft verleihen.